Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 486. **Mittwoch** den 24. September 1902. **96. Jahrgang.**

Abonnement
auf das vierte Vierteljahr 1902.

Im Interesse rechtzeitiger Lieferung wolle **die Bestellung durch die Post** bereits jetzt veranlaßt werden. Der Preis beträgt wie bisher bei allen Postanstalten 2 ℳ monatlich und 6 ℳ vierteljährlich.

Das Abonnement sowie die Zahlung des Zeitungsgeldes können auch durch die Briefträger erfolgen.

Unsere Filialen in **Dresden** (Strehlenerstraße 6) Tel. I 1713, und **Berlin** (Königgrätzerstraße 116) Tel. VI 3393, führen Aufträge auf Monats- und Vierteljahres-Abonnements zu Originalpreisen aus.

Freisinnige und Socialdemokraten bei den nächsten Reichstagswahlen.

Auf dem in diesen Tagen stattfindenden Parteitage der freisinnigen Volkspartei in Hamburg wird sich die Partei mit der den anderen Parteien gegenüber einzuschlagenden Tactik zu beschäftigen haben. Insbesondere wird die Stellungnahme gegenüber der Socialdemokratie präcisirt werden müssen, da einerseits in einer Reihe von Wahlkreisen, in denen die freisinnige Volkspartei mit anderen bürgerlichen Parteien in die Stichwahl kommt, die Socialdemokratie den Ausschlag giebt, andererseits umgekehrt in einer Reihe von Wahlkreisen, in denen die Socialdemokratie mit anderen Parteien in die Stichwahl kommt, die freisinnige Volkspartei die Entscheidung in der Hand hat.

Die socialdemokratische Presse hat in den letzten Monaten wiederholt Zetermordio über „freisinnigen Verrath" geschrieen. Zunächst war sie darüber empört, daß die freisinnigen Wähler nicht bei den Wahlen in Memel und Bayreuth Mann für Mann für den Socialdemokraten eingetreten sind. Und noch weit entrüsteter war die socialdemokratische Presse über den Entschluß der Freisinnigen im Wahlkreise Forchheim-Kulmbach, bei der im vergangenen Monat stattgehabten Reichstagsersatzwahl von vornherein für einen nationalliberalen „Brotwucherer" einzutreten. Vergebens erklärten die „Freisinnige Zeitung" und der „Fränkische Courier", daß im Wahlkreise Forchheim ein Zollgegner doch nicht durchdringen könne, sondern daß man nur die Wahl habe zwischen einem gemäßigten Schutzzöllner und den ausgesprochen agrarischen Parteien, nämlich dem bayerischen Centrum und dem Bunde der Landwirthe. Mit echt socialdemokratischer Höflichkeit bezeichnete der „Vorwärts" dies als „dumme Ausrede". Vom Standpuncte der Zollgegner bedeute ein Anhänger des Regierungszolles ein größeres Uebel, als wenn lauter Befürworter des 7½ Mark-Zolles gewählt würden.

Diese Auffassung stellt am Besten den Gegensatz zwischen der Socialdemokratie und jeder bürgerlichen Partei, auch dem bürgerlichen Radicalismus, fest. Die Politik der Socialdemokratie ist das „Drüber und Drunter". Sie hätte kaum etwas dagegen, wenn wieder Zustände einträten, wie sie in der 1. Hälfte des vorigen Jahrhunderts unter der kläglichen Regierung Friedrich Wilhelms IV. geherrscht haben. „Der Bogen, allzu straff gespannt, zerreißt" — darauf rechnet die Socialdemokratie. Sie erwartet von einer extremen Reaktion, sei es auf wirthschaftlichem, sei es auf politischem Gebiete, eine gewaltsame Gegenreaktion.

Auf diesem Standpuncte der Hoffnung auf politische Wirrnisse kann eine bürgerliche Partei sich sowohl aus politischen wie aus wirthschaftlichen Gründen niemals stellen. Aus politischen nicht, denn auch die linksliberalen Parteien wollen keine Gefährdung des monarchischen Systems und keine inneren Wirrnisse, die Deutschlands Kraft dem Auslande gegenüber lahm legen müßten; aus wirthschaftlichen Gründen nicht, denn je verworrener die innerpolitischen Zustände sind, desto mehr verschlechtern sich die Aussichten von Gewerbe und Handel, und da die letzten Jahre ohnehin eine rückläufige Bewegung auf diesem Gebiete gezeigt haben, so besteht gewiß kein Anlaß, die Situation noch zu verschlechtern.

Jede bürgerliche Partei trägt die Verantwortung für den Fortbestand der bestehenden Gesellschaftsordnung. Daß jede Partei an dieser Ordnung manches geändert und nach der Auffassung der Partei gebessert sehen möchte, und daß die freisinnigen Parteien — von ihrem Standpuncte aus gewiß nicht mit Unrecht — sogar recht vieles geändert sehen möchten: all' dies ändert doch daran nichts, daß alle bürgerlichen Parteien die großen Grundlagen erhalten sehen wollen. Es wäre daher Selbstmord, wenn bürgerliche Parteien diejenige Partei fördern wollten, die einen „Kuddelmuddel" herbeiführen möchte, um bei dieser Gelegenheit den entscheidenden Stoß gegen die Gesellschaftsordnung zu führen.

Die freisinnige Wählerschaft hat denn auch in sehr seltenen Fällen sich dazu verstanden, einem Socialdemokraten zum Siege über einen bürgerlichen Gegner zu verhelfen. Es wäre aber ein wünschenswerther Fortschritt, wenn auch von Partei wegen klar und bestimmt gegen die Socialdemokratie Stellung genommen würde. Der Socialdemokratie selbst gegenüber kann dies den Freisinnigen in einer gewissen Weise nur nützen, weil dann die Socialdemokratie nicht mehr in jedem einzelnen Falle über „freisinnigen Verrath" wettern kann, sondern ein für alle Mal weiß, daß sie von keiner bürgerlichen Partei etwas zu erwarten hat. Sie behauptet ja immer, daß sie allein nach und nach das ganze Volk für sich allein erobern werde; also kann sie nur zufrieden sein, wenn ihr Gelegenheit gegeben wird, ihre Behauptung wahr zu machen.

Deutsches Reich.

✠ **Berlin**, 23. September. (Priester als Provinzialschulräthe.) Von klerikaler Seite wird darüber Klage geführt, daß zur Zeit kein einziger Priester eine Provinzialschulrathsstelle bekleide, während „ehemals" wenigstens einige Priester in der Stellung eines Provinzialschulraths gewesen wären. Ist diese Behauptung richtig, dann hat trotzdem die Kirche keinen Grund zu Beschwerden. Denn die priesterliche Laufbahn ist keine geeignete Vorbildung für einen Provinzialschulrath. Das erkennt man leicht, wenn man sich den Wirkungskreis eines Provinzialschulraths vergegenwärtigt. Ein solcher ist bekanntlich Mitglied des Provinzialschulcollegiums, das, eine selbstständige collegiale Behörde, als Organ des Cultusministers die Verwaltung der höheren Schulen einschließlich der Schullehrerseminare, Blinden- und Taubstummenanstalten führt. Demgemäß erstreckt sich die Wirksamkeit der Provinzialschulcollegien u. A. auf folgende Gegenstände: die Prüfung der Grundpläne oder Statuten der Schulen und Erziehungsanstalten, sofern sie deren innere Einrichtung berühren; die Prüfung neuer, die Revision und Berichtigung schon vorhandener Schulordnungen und Reglements, sowie der Disciplinargesetze, ferner die Abgabe zweckmäßiger Vorschläge zur Abstellung etwaiger beim Erziehungs- und Unterrichtswesen anzutreffender Mißbräuche und Mängel; die Prüfung der im Gebrauch befindlichen Schulbücher und Bestimmung der abzuschaffenden und einzuführenden; die Abfassung neuer für nöthig erachteter Schulbücher; die Abfassung und Revision der Pläne zur Gründung und inneren Einrichtung von Schullehrerseminaren, sowie der Anstalten zur weiteren Ausbildung schon angestellter Lehrer, ferner die Aufsicht und Leitung der Seminare, sowie Anstellung und Disciplin ihrer Lehrkräfte. — Wie wenig angesichts dieser Aufgaben ein Priester als Provinzialschulrath an seinem Platze ist, leuchtet ohne Weiteres ein. Die Rechte der Kirche aber sind gewahrt, auch wenn kein Priester eine Provinzialschulrathsstelle bekleidet. Stets noch bezüglich der Seminare der Erlaß des Cultusministers über die Lehrpläne für Präparandenanstalten und Lehrerseminare vom 1. Juli 1901 fest: „Die Lehrpläne für den Religionsunterricht sind im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden aufgestellt." — Und was die höheren Schulen angeht, so schreibt der Erlaß des Cultusministers über die neuen Lehrpläne für die höheren Schulen vom 29. Mai 1901 der katholischen Religionslehre folgendes „allgemeine Lehrziel" vor: „Der katholische Religionsunterricht an höheren Schulen hat, als wesentlicher Bestandtheil des Gesammtorganismus der Schule nicht in abgesonderter und vereinzelter Stellung, sondern mit allen Zweigen der bildenden und erziehenden Thätigkeit der Schule in reger Wechselbeziehung eng verbunden, die besondere fachunterrichtliche Aufgabe, die katholische Jugend nach Maßgabe ihrer geistigen Entwickelung mit den Lehren und Vorschriften, wie mit dem inneren und äußeren Leben und Wirken der katholischen Kirche bekannt zu machen, sie in der Ueberzeugung von der Wahrheit und dem göttlichen Ursprunge des Christenthums und der Kirche zu befestigen und sie anzuleiten, diese Ueberzeugung durch das Leben in und mit Christus und seiner Kirche treu zu bewahren, sorgfältig zu pflegen und stets unverbrüchlich zu bekennen." — Daß nur priesterliche Provinzialschulräthe die Controle über die Durchführung dieser Grundsätze auszuüben vermöchten, läßt sich schon im Hinblick auf die katholischen Religionslehrer nicht behaupten.

β. **Berlin**, 23. September. (Die Alkoholfrage und die Socialdemokratie.) Die Anträge mehrerer socialdemokratischer Organisationen, der Parteitag möge der socialdemokratischen Presse empfehlen, der Alkoholfrage größere Aufmerksamkeit zu schenken und vor den Gefahren des übermäßigen Alkoholgenusses zu warnen, haben das vorausgesehene Schicksal gehabt: sie wurden vom Parteitage für erledigt erklärt. So verhält sich eine Partei, die sich als die alleinige Arbeiterpartei geberdet, in einer Angelegenheit, deren praktische und thatkräftige Behandlung für die Arbeiterclasse von dem größten realen Nutzen sein würde. Kläglich genug sind die Vorwände, unter denen man die fraglichen Anträge zu den Acten legte. Nichts als ein leerer Vorwand ist es, wenn der Anwalt des Alkohols, „Genosse" Blos-Leipzig, für die wahre Absicht jener Antragsteller das Streben ausgab, die Arbeiter auf die vollkommene Entbehrung vom Alkoholgenuß zu verpflichten. Ein zweiter Vorwand war die Behauptung, daß Trinksitten und Trinkzwang nur bei den Studenten mit ihrem Borcomment beständen. Als ob Trinksitten von studentischem Comment unzertrennlich wären! Ein dritter Vorwand war die ungeheuerliche Vorspiegelung, daß die Arbeiter für den Alkohol „verdammt wenig" übrig haben. Ein Blick ins Leben genügt zur Kritik dieser Behauptung. Das Geständniß: „Es kann uns ganz gleichgiltig sein, ob ein Parteigenosse dem Alkohol ergeben ist oder nicht" — beweist auf das Schlagendste, daß die Socialdemokratie im Parteiinteresse auf das Wohl der Arbeiter und ihrer Familien pfeift.

* **Berlin**, 23. September. (Die Kosten der preußischen Volksschulen.) Die durch das preußische statistische Bureau vorgenommene Erhebung der Volksschulstatistik vom 27. Juni 1901 hat ergeben, daß die gesammten laufenden Schulunterhaltungskosten für die öffentlichen Volksschulen in Preußen 1901 269 942 375 ℳ betragen haben; 1896 waren es nur 185 617 495 ℳ. Von den Kosten des Jahres 1901 lassen sich über 8¼ Mill. Mark aus Staatsmitteln fließende Ausgaben für das Volksschulwesen nur schätzungsweise auf die Schulen der Städte und die des platten Landes vertheilen. Geschieht dies, so fallen 128 415 818 ℳ Schulunterhaltungskosten auf die Städte und 141 526 557 ℳ auf das platte Land. Die Aufbringung der gesammten Schulunterhaltungskosten erfolgte

	1896	1901
aus Staatsmitteln mit	53 419 982 ℳ — 28,78 %	73 487 388 ℳ [— 27,22 %
durch die Schulunterhaltungspflichtigen . .	116 858 810 „ — 62,94 „	177 842 574 ℳ [— 65,91 %
davon Schulbau-Anleihen . . .	8 597 140 „ — „	19 549 448 ℳ [—
durch Erträge des Schulvermögens, einschließlich des Werthes d. freien Dienstwohnungen	15 056 903 „ — 8,11 „	14 989 365 ℳ [— 5,55 %
aus sonstigen Quellen einschl. des Schulgeldes	582 341 „ — 0,31 „	3 623 048 ℳ [— 1,34 %

Die Erhebung von 1901 ist in manchen Puncten, namentlich wegen weiter gehender Unterscheidungen etwas genauer als alle vorhergehenden; deswegen namentlich die Verschiebung von 1896 auf 1901 in dem letzten Posten. Das ist indessen nicht von großem Belang. Der im vorletzten Posten enthaltene Werth der freien Dienstwohnungen betrug 1896 7 365 555 und 1901 7 551 765 ℳ; er ist nur zu einem Theile Ertrag des Schulvermögens und wird zu einem anderen Theile als Belastung der Schulunterhaltungspflichtigen anzusehen sein. Aus Staatsmitteln wurden 1896 1,68 und 1901 2,13 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung für die öffentlichen Volksschulen verwendet. Die Schulunterhaltungskosten werden zum größten Theil durch die Schulunterhaltungspflichtigen getragen, obschon die Leistungen des Staates sehr erheblich sind. Die Pflichtigen werden mit solchen Kosten unmittelbar belastet; sie hatten für die laufenden Volksschulkosten auf den Kopf der Bevölkerung aufzubringen

	1896	1901
in den Städten . . .	5,07 ℳ	7,10 ℳ
auf dem Lande . . .	2,66 „	3,09 „
im Ganzen	3,87 „	5,16 „

Die Belastung ist in den Städten aus naheliegenden Gründen höher als auf dem Lande; die Steigerung der Belastung ist aber dort und hier seit fünf Jahren nahezu in gleichem Verhältnisse erfolgt. So einschneidende Wirkungen das Lehrerbesoldungs-Gesetz auch gehabt hat, eine Verschiebung in dem früheren Verhältnisse zwischen Stadt und Land hat es nicht herbeigeführt, wie es ja auch nicht beabsichtigt, zeitweise aber befürchtet worden war.

⊙ **Berlin**, 23. September. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt, kein wahres Wort sei an der Erzählung der „Birmingham Post", daß Kaiser **Wilhelm** Lord **Roberts** und den amerikanischen General

Feuilleton.

Unter hoher Protection.

Eine Erinnerung an Kaiser Wilhelm I.
Von Fedor von Köppen.

Nachdruck verboten.

Durch die Lichtenthaler Allee in Baden-Baden wandelte im Hochsommer 1877 in den Morgenstunden, noch ehe dieselbe von Curgästen und Spaziergängern aller Art gefüllt war, ein stattlicher alter Herr im grauen Havelock, den Cylinderhut auf dem Kopfe, in der Hand einen Spazierstock, auf den er sich jedoch nur leicht stützte; denn obgleich sein Haar und Bart weiß waren und sein Antlitz manche Furche zeigte, ging er doch militärisch gerade und aufrecht, die ehrfurchtsvollen Grüße der ihm begegnenden Personen nach beiden Seiten freundlich erwidernd. Als der alte Herr an einer Stelle angelangt war, wo die Allee vor einer Brücke über die Oos eine kleine Biegung machte, rollte plötzlich ein bunter Gummiball dicht vor seine Füße, und sogleich darauf sprang aus einem Ahorngebüsch seitwärts der Allee ein liebliches kleines Mädchen hervor, haschte den Ball und rief, indem es die langen blonden Flechten aus dem erhitzten Gesichtchen schüttelte und den Ball wie zum Wurfe hoch emporschleuderte:

„So, Phili, nun kann es wieder losgehen!"

In demselben Augenblicke trat aus dem Gebüsch ein bildschönes, blühendes junges Mädchen hervor, stutzte ein wenig, als es den alten Herrn erblickte und verbeugte sich mit einem tiefen, förmlichen Knix.

„Phili ist wohl Deine Schwester?" fragte der Herr das nahe vor ihm spielende Kind, dem er mit wohlgefälligen Mienen zuschaute.

„Oui, Monsieur, c'est ma soeur", antwortete die Kleine unbefangen.

„Weshalb antwortest Du mir französisch?" fragte darauf Jener, „da ich Dich doch deutsch fragte und Du doch selbst vorhin deutsch sprachst."

„Mama hat mir gesagt", antwortete das Kind jetzt deutsch, „ich sollte Fremden immer französisch antworten, und da Sie doch ein fremder Monsieur sind" — —

„Mach' einen Knix, Minka", fiel jetzt plötzlich Phili, erröthend, halblaut ein, „der Herr ist der Kaiser!"

„Wie, der Kaiser, ist das auch wirklich wahr?" fragte Minka, die Augen groß zu dem hohen Herrn aufschlagend, gleichsam als wunderte sie sich, daß er als Kaiser nicht Scepter und Krone trage.

„Du mußt es schon glauben", sagte dieser lächelnd, „es ist in der That so."

„Der deutsche Kaiser!" rief Minka entzückt; „ei, da wird sich Großpapa freuen, wenn er hören wird, daß ich mit Ihnen gesprochen habe."

„Aber wer bist Du, Kind, und wie heißt Dein Großpapa?"

„Mein Großpapa ist der kaiserlich russische General Graf K., und wenn Sie der deutsche Kaiser sind, so müßten Sie ihn eigentlich kennen, Sie haben ja doch mit ihm einen und denselben Geburtstag."

Der Kaiser sah verwundert erst das Kind, dann dessen ältere Schwester an, als wollte er diese fragen, wie er die Worte zu verstehen habe.

„Verzeihung, Ew. Majestät!" sagte diese, „meine kleine Schwester hat wohl oft gehört, wie sich der Großvater rühmte, mit Ew. Majestät an demselben Tage und in derselben Stunde geboren zu sein, ja, daß Ew. Majestät Herr Vater die Gnade gehabt, bei ihm eine Pathenstelle zu übernehmen."

Der Kaiser besann sich eine kurze Weile; dann fuhr er zu der älteren der beiden Schwestern fort:

„Aber wie kommt es, daß Ihr Großvater, wenn er hier am Orte weilt, sich noch niemals bei mir hat sehen lassen, obgleich er doch manche persönlichen Beziehungen zu mir hat?"

„Ew. Majestät", antwortete Phili, „Großvater hat das Unglück, auf beiden Füßen gelähmt zu sein und weilt hier zur Cur. Meine Mutter und wir Beide haben ihn begleitet."

„So", nickte der Kaiser, „nun, dann grüßen Sie Ihren Großvater, sagen Sie ihm, daß ich mich freuen würde, ihn zu sehen."

Darauf setzte der Kaiser, freundlich grüßend, seinen Weg fort.

Am anderen Tage, schon vor der gewohnten Promenadenstunde des Kaisers, saß an demselben Flecke, wo die obige Begegnung stattgefunden hatte, an der Lichtenthaler Allee der kaiserlich russische General Graf K. in seinem Rollstuhl; rechts und links desselben standen seine beiden Enkeltöchter. Minka hielt ein frisches Blumensträußchen in der kleinen Hand, Phili hatte ihr ein Verschen gemacht und eingelernt, mit welchem Jene ihr Sträußchen dem Kaiser überreichen sollte, wenn dieser sich etwa an sie wenden würde. Der General strich seinen langen, weißen Schnurrbart in die Höhe und reckte sich so gerade, als es ging, in seinem Rollstuhl.

Von seiner Wohnung in der Villa Meßmer her kam der Kaiser geschritten, dieses Mal in Begleitung eines seiner Flügeladjutanten. Er blieb stehen und erwiderte den ehrerbietigen Gruß des alten Generals, indem er ihn nöthigte, sich wieder bequem in seinen Rollstuhl zurückzulehnen:

„Ich grüße Sie, lieber General! Die Kleine hat mir bereits erzählt, daß Sie hier sind, und hat mir zugleich Ihr Alter verrathen, welches genau dem meinigen gleichkommt. Ich erinnere mich Ihres Namens wohl. Sie standen früher in der preußischen Armee. Weshalb haben Sie den preußischen Dienst verlassen?"

„Darf ich offen sprechen?" fragte der General.

„Wie es einem alten Soldaten geziemt", antwortete der Kaiser.

„Nun denn, aus Furcht vor der Protection, die mir als dem Pathenkinde Seiner Majestät des Königs Friedrich Wilhelm's des Dritten in Preußen zu Theil ward. Man schrieb alle Anerkennung, die ich im Dienste fand, nicht meinem Verdienste, sondern der Protection Seiner Majestät zu. Aus einer solchen Veranlassung kam es zum Zweikampfe zwischen mir und einem Kameraden, den ich gefordert hatte. Ich ward vor ein Kriegsgericht gestellt und als der Schuldige verurtheilt, aber — zu drei Tagen Festungsarrest begnadigt. In dieser Begnadigung erkannte man abermals die Allerhöchste Protection — da erbat ich aus Furcht vor der Protection meinen Abschied aus dem preußischen Dienste und trat in die russische Armee ein, in der ich auch ohne Protection zum General avancirte. Aber mein Herz ist in Preußen geblieben und hat für Preußen stolz und hoch geschlagen in der großen Zeit, die es unter Ew. Majestät durchlebt."

„Sie sind leidend, wie ich sehe, und befinden sich gegenwärtig im Ruhestande?"

„Seit acht Jahren, Ew. Majestät!"

„Wer besorgt Ihre Pflege?"

„Meine einzige Tochter, die Mutter dieser beiden Mädchen."

„Und wo befindet sich der Vater?" fragte der Kaiser; er bemerkte, wie bei der Frage eine düstere Wolke die Stirne des Generals beschattete.

„Der Graf Wladimir St.", antwortete er, „ist — in — Rußland. — Ew. Majestät", fuhr er mit gedämpfter Stimme fort, „in Rußland werden Vergehungen, wie seiner Zeit das meinige, nicht mit drei Tagen Festungsarrest gesühnt."

Der Kaiser sprach einige leise Worte mit seinem Flügeladjutanten.

„Nun, lieber General", wandte er sich darauf wieder zu diesem, „ich hoffe, daß Sie jetzt die Protection des Königs von Preußen nicht mehr zu fürchten brauchen. Wenn Sie ihrer noch einmal bedürfen sollten, wenden Sie sich vertrauensvoll an mich. Leben Sie wohl!"

Er reichte dem alten Soldaten die Hand zum Abschiede und streichelte darauf sanft das blonde Haupt seiner kleinen Freundin, die schon sehnsüchtig auf die Gelegenheit wartete, dem Kaiser ihr Sträußchen überreichen und dazu ihr Verschen sprechen zu dürfen.

Zwei Monate waren seitdem vergangen, da erhielt das alte Pathenkind König Friedrich Wilhelm's des Dritten einen Brief seines Schwiegersohnes aus einem russischen Gouvernement in Sibirien, in welchem derselbe ihm froh bewegt anzeigte, daß er durch einen Ukas des Zaren Alexander II. aus der Verbannung, zu der er wegen eines militärischen Vergehens verurtheilt gewesen, entlassen worden sei und die Erlaubniß erhalten habe, für einige Zeit zu seiner Gattin und seinen Kindern zurückzukehren. Das Pathenkind König Friedrich Wilhelm's des Dritten wußte wohl, wessen Protection er, sowie sein Schwiegersohn diese Wohlthat zu danken hatten. Jetzt sind Beide, der Schützling sowohl, als auch der Sohn seines königlichen Beschützers, in den Schutz eines Höheren eingegangen, auf den wir Alle angewiesen sind.